

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
mit Antwort der Landesregierung  
- Drucksache 17/5516 -**

**Werden die Gänseschäden im Landkreis Cuxhaven auch zur Chefsache?**

**Anfrage der Abgeordneten Astrid Vockert (CDU)** an die Landesregierung,  
eingegangen am 06.04.2016, an die Staatskanzlei übersandt am 11.04.2016

**Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz** namens  
der Landesregierung vom 10.05.2016,  
gezeichnet

Stefan Wenzel

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Medienberichten zufolge setzte sich die Landesregierung bei der Europäischen Union für ein besonderes Gänse-Management für das Weser-Ems-Gebiet ein. Hiermit sollen insbesondere für die Landwirtschaft im Rheiderland Kompensationsmöglichkeiten aufgrund der weiterhin stark zunehmenden Gänse-Population geschaffen werden. Hintergrund seien die immer größer werdenden Schäden, die durch mittlerweile rund 100 000 Gänse angerichtet würden. Wie es im *rundblick* vom 26. Februar 2016 heißt, sei dieses Thema „inzwischen Chefsache“. Zur Beratung, wie mit dieser Entwicklung umgegangen werden könne, sei die Staatssekretärin im Umweltministerium, Almut Kottwitz, nach Brüssel gereist und habe entsprechende Verhandlungen geführt.

Nach allen bisher veröffentlichten Berichten bezögen sich diese Verhandlungen allerdings auf die niedersächsische Küste zwischen Weser und Ems. Die Problematik der durch Gänse angerichteten Schäden ist aber auch in anderen Regionen Niedersachsens vorhanden. So befinden sich im Landkreis Cuxhaven mittlerweile Zigtausende Gänse pro Tag. Auch in dieser Region gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Initiativen, um verbesserte Kompensationsmöglichkeiten für die betroffenen Landwirte zu erreichen. Neben der Kompensation wurde auch immer wieder ein kontrolliertes Gänse-Management gefordert.

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weise ich darauf hin, dass ich ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen habe, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nichtaktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

Unter Bezugnahme auf das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 55, gehe ich davon aus, dass der Landesregierung die Beantwortung der Anfrage in weniger als einem Monat möglich und zumutbar ist, da es sich nach meiner Auffassung um einen eng begrenzten Sachverhalt handelt und der Rechercheaufwand gering ist.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Die Landesregierung beantwortet parlamentarische Anfragen unverzüglich im Sinne von Art. 24 Abs. 1 NV. Dabei orientiert sie sich an den Maßstäben, die der Niedersächsische Staatsgerichtshof in seinem Urteil vom 29.01.2016 (StGH 1-3/15) konkretisiert hat.

Danach „ergeben sich zeitlich gestaffelte Anforderungen an die Beschleunigungspflicht der Regierung bei der Antworterteilung“ (a.a.O. unter C.I.4). Zudem ist von einer „Regelbeantwortungsfrist“

(a.a.O. unter C.I.) von einem Monat auszugehen, bei deren Einhaltung „eine Vermutung für die Unverzüglichkeit der Antwort“ (a.a.O. unter C.I.4.a) besteht.

Nur „wenn ein Abgeordneter mit der Fragestellung eine deutliche Erwartung hinsichtlich einer kürzeren Antwortfrist äußert, diese Erwartung berechtigt und der Regierung die Beantwortung innerhalb der erwarteten kürzeren Frist möglich und zumutbar ist“ (a.a.O. unter C.I.4.a) kommt ausnahmsweise eine Pflicht zur Unterschreitung der Monatsfrist in Betracht. „Der fragestellende Abgeordnete trägt in diesem Fall die Darlegungslast; der Staatsgerichtshof beschränkt sich auf eine Missbrauchskontrolle“ (a.a.O. unter C.I.4.a).

Nach gründlicher Abwägung der sich einander beeinflussenden Pflichten bezüglich „Recherchetiefe und Antwortgeschwindigkeit“ (a.a.O. unter C.I.1.) ist vorliegend auch „unter Berücksichtigung der mutmaßlichen Interessen des Fragestellers“ (a.a.O. unter C.I.1.) ein solcher vom Fragesteller geltend gemachter Ausnahmefall nicht ersichtlich: Vorrangig in der Organisationseinheit zu bearbeiten war eine Aktensichtung zu dem Aktenvorlagebegehren „Tierschutzvorgaben für die Haltung von Stören, Vivace“; daneben war zur Beantwortung der Fragen eine Abstimmung mit dem ML und gegebenenfalls mit nachgeordneten Behörden zu Belangen der Jagd notwendig.

Niedersachsen besitzt für zahlreiche hier überwinternde nordische Gänsearten eine internationale Verantwortung und damit einhergehend auch entsprechende Schutzverpflichtungen. Um letzteren gerecht zu werden, hat Niedersachsen insgesamt 16 EU-Vogelschutzgebiete mit einer Fläche von ca. 125 000 ha (hier: ohne EU-Vogelschutzgebiet Niedersächsisches Wattenmeer) gemeldet, in denen Gänsearten wertbestimmend sind.

Es ist unbestritten, dass große Gänseansammlungen erhebliche Fraßschäden auf landwirtschaftlichen Nutzflächen verursachen können. Aus diesem Grund bietet das Land Niedersachsen mit Unterstützung der EU in den Hauptgebieten der Gänserast - dazu gehören neben EU-Vogelschutzgebieten in Ostfriesland auch großflächige Bereiche entlang der Unterelbe - Agrarumweltmaßnahmen an. Diese verfolgen das naturschutzfachliche Ziel ruhige, störungsarme Äsungsflächen für die überwinternden Gänse zur Verfügung zu stellen. Landwirte, die sich an den Agrarumweltmaßnahmen für nordische Gastvögel beteiligen, erhalten für eintretende Biomasseverluste und den entstehenden Mehraufwand in der Flächenbearbeitung einen finanziellen Ausgleich. Derzeit werden landesweit ca. 24 000 ha Acker- und Grünlandflächen mit Agrarumweltmaßnahmen für nordische Gänse bewirtschaftet. Dafür wendet das Land Niedersachsen mit Unterstützung der EU einen Finanzbetrag von ca. 7,0 Millionen Euro pro Jahr auf.

Darüber hinaus haben das MU und das ML auf der Basis der Landtagsentschließung 17/2223 einen Arbeitskreis Gänsemanagement eingerichtet, dem sowohl Landwirtschafts-, Jagd- und Naturschutzverbände als auch wissenschaftliche Institute angehören. Dieser Arbeitskreis wird entsprechend der Entschließung Vorschläge für ein landesweites Gänsemanagementkonzept erarbeiten. Derzeit werden durch ein erweitertes Gänsemonitoring und die Umsetzung eines Forschungsprojektes zur Auswirkung der Jagd auf Gänse und Gänsefraßschäden die Grundlagen für ein solches Managementkonzept erarbeitet.

#### **1. Werden die Probleme durch die steigende Gänsepopulation auch im Landkreis Cuxhaven zukünftig zur „Chefsache“ im Umweltministerium?**

Die Landesregierung nimmt die Probleme der Landwirtschaft mit überwinternden Gänsen sehr ernst. Dies gilt auch für den Landkreis Cuxhaven.

Obwohl die Probleme der Landwirtschaft mit Gänsefraßschäden in den verschiedenen niedersächsischen Hauptrastgebieten ähnlich sind, bestehen doch auch Unterschiede, die sich u. a. ergeben aus a) gebietsspezifischen Unterschieden in der Gänseartenzusammensetzung, b) dem Zeitpunkt und quantitativen Auftreten der einzelnen Arten in den Gebieten, c) gebietsspezifischen Unterschieden in der landwirtschaftlichen Nutzung. Das MU hat diesen regionalen Unterschieden u. a. bereits bei der Konzipierung der Agrarumweltmaßnahmen für nordische Gastvögel Rechnung getragen: So wurden u. a. Maßnahmen konzipiert und angeboten, die seitens der Landwirtschaft gerade für den Unterelberaum empfohlen worden sind.

**2. Wird der Landkreis Cuxhaven gleichwertig zur Weser-Ems-Region in die Überlegungen einbezogen?**

Es ist beabsichtigt ein landesweites Gänsemanagementkonzept zu erarbeiten. Dies schließt den Landkreis Cuxhaven ein (siehe Vorbemerkung).

**3. Was sind die konkreten Bestandteile des geplanten Gänse-Managements, und wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?**

Wie bereits erwähnt werden derzeit durch ein erweitertes Gänsemonitoring und die Umsetzung eines Forschungsprojektes zur Auswirkung der Jagd auf Gänse und Gänsefraßschäden die Grundlagen für ein landesweites Managementkonzept erarbeitet. Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse wird dann der vom MU und ML eingerichtete Arbeitskreis Vorschläge für ein wissenschaftsbasiertes Managementkonzept unterbreiten. Entsprechend können aktuell weder Angaben zu den Bestandteilen des geplanten Konzeptes noch zum Zeitpunkt erster Umsetzungsergebnisse gemacht werden.

**4. Wird die Landesregierung für das geplante Gänse-Management im Weser-Ems-Gebiet eigene Haushaltsmittel zur Verfügung stellen?**

Neben den Agrarumweltmaßnahmen, den Kosten für Großschadensereignisse auf Ackerkulturen (Rastspitzenmodell auf Acker) und den Kosten für das Gänsemonitoring lassen sich Aussagen zu weiteren gegebenenfalls benötigten Haushaltsmitteln erst nach Erstellung eines landesweiten Gänsemanagementkonzeptes treffen.

**5. Wie ist der Vorstoß der Landesregierung mit der Verkürzung der Jagdzeiten und Einschränkung der Bejagungsmöglichkeiten über die Intervalljagd in Einklang zu bringen?**

Die Behauptung ist falsch. Die Verkürzung der Jagdzeiten auf Gänse betrifft nur die Vogelschutzgebiete, in denen nordische Gänsearten (Ringel-, Weißwangen-, Saat-, Bläss- und Graugans) wertbestimmend sind, da dort ihr Ruhebedürfnis Vorrang hat. Außerhalb der Vogelschutzgebiete, wo keine Teilnahme am Programm nordische Gastvögel möglich ist, wurden die Jagdzeiten auf Gänse teilweise sogar ausgeweitet. Mit der Intervalljagd soll eine stärkere Beruhigung der Gänse und ein verminderter Energieverbrauch und damit Fraßbedarf erreicht werden. Mit weitgehender Ruhe sollen sie die Konstitution erhalten können, die sie benötigen, um nach der Rückkehr in die Brutgebiete unmittelbar mit dem Brutgeschäft beginnen zu können. Daher ist es notwendig, die Jagdintensität in den Vogelschutzgebieten zu staffeln.

**6. Soll im Landkreis Cuxhaven die Nonnengans bei Auftreten entsprechender Schäden zur Bejagung freigegeben werden?**

Die Nonnengans ist in Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie gelistet. Sie ist damit einer regulären Bejagung nicht zugänglich.

**7. Soll die Möglichkeit der Bejagung von Gänsen in begründeten Schadensfällen bis in das Frühjahr hinein ermöglicht werden, da bekanntlich der späte Frühjahrsfraßschaden zu den erheblichen wirtschaftlichen Schäden bei den landwirtschaftlichen Betrieben führt?**

Ob außerhalb der regulären Jagdzeiten eine Schonzeitaufhebung oder auch andere Vergrämsmaßnahmen in Betracht kommen, hängt von den Umständen des konkreten Einzelfalles ab, über den aufgrund der niedersächsischen Rechtsgrundlagen (§ 26 Abs. 2 bis 4 Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG)) zu entscheiden ist.

Nach § 41a NJagdG müssen behördliche Maßnahmen unter Beachtung der Maßgaben des Art. 7 Abs. 4, der Art. 8 und 9 Abs. 1 und 2 der EU-Vogelschutzrichtlinie v. 30.11.2009 getroffen werden.

Außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit (1. April bis 15. Juli) sind Schonzeiten bereits in der Vergangenheit aus Gründen der Schadensabwehr auf landwirtschaftlichen Flächen wegen einer sehr hohen Populationsdichte von Wildgänsen aufgehoben worden. Dies ist auch weiterhin möglich.